

# FreiBrief aus Berlin

## 3/2015



### Sehr geehrte Damen und Herren,

im Mittelpunkt der letzten Sitzungswoche stand die Verlängerung des zweiten Hilfsprogramms für Griechenland. Die Entscheidung hat sich jeder einzelne Abgeordnete unserer Fraktion nicht leicht gemacht – auch ich nicht. Konkret ging es um die Verlängerung des bestehenden Hilfsprogramms um vier Monate bis Ende Juni. Selbst weitere Gelder aus dem verlängerten und bereits beschlossenen Programm werden aber nur dann fließen, wenn die Europäische Kommission gemeinsam mit der Europäischen Zentralbank und dem Internationalen Währungsfonds bestätigt, dass Athen die Reformmaßnahmen seitens der Eurogruppe ordnungsgemäß zum Abschluss bringt. Darauf werden wir im Deutschen Bundestag ganz genau achten.

Ein wichtiges Thema auf der politischen Agenda ist auch die Evaluierung des Mindestlohngesetzes. Keine Frage, die Umsetzung dessen war ein Prestigeprojekt unseres Koalitionspartners. Vor allem aber weitet die Durchführungsverordnung zum Mindestlohngesetz die Dokumentations- und Aufbewahrungspflichten aus. Dies bürdet der Wirtschaft weitere Bürokratie auf und stellt die Unternehmen gleichzeitig unter Generalverdacht, keinen Mindestlohn bezahlen zu wollen. Wir werden in den nächsten Wochen das Gespräch mit den betroffenen Unternehmen führen und daran anschließend auf dieser Grundlage mit unserem Koalitionspartner nachverhandeln.

Herzlichst

### INHALT

<i>Bericht aus Berlin</i>	1
<i>Aktuelles aus dem Wahlkreis</i>	4
<i>Angedachte Änderungen bei der Erbschaftssteuer sind eine Gefahr für den Mittelstand</i>	6
<i>Wir brauchen keine neuen Zuwanderungsregeln, sondern müssen die bestehenden schneller und effektiver umsetzen</i>	6
<i>Nächste Bürgersprechstunde am 12. März 2015</i>	6

[www.thorsten-frei.de](http://www.thorsten-frei.de)



## Bericht aus Berlin

---

In den vergangenen Wochen haben die Entwicklungen in Griechenland, in Folge der vorgezogenen Parlamentswahlen, aus denen eine mehr als widersprüchliche links-rechts Regierung hervorgegangen ist, für viel Diskussionsstoff gesorgt. Gerade auch Ton und Tenor aus Athen haben einen großen Anteil daran, dass überall in Europa sehr ernsthaft darüber diskutiert wurde, ob die Solidarität mit Griechenland überhaupt noch gerechtfertigt sei. Diese wichtige gesellschaftliche Debatte war bei uns besonders heftig, da Deutschland eines der Länder ist, in denen das Parlament jedweden Änderungen an den milliardenschweren Hilfsmaßnahmen gesondert zustimmen muss.

### Kein frisches Geld für Griechenland nur Zeit

Ich kann die Argumentation für ein Ende der Hilfen für Griechenland nachvollziehen. Ich stütze diese auch weitgehend, schließlich darf die Solidarität innerhalb der EU nicht grenzenlos ausufern. Dennoch habe ich in der vergangenen Sitzungswoche im Deutschen Bundestag dem Antrag der Bundesregierung zur Fortsetzung des zweiten Hilfsprogrammes für Griechenland zugestimmt. Die Zustimmung des Deutschen Bundestages bezog sich schließlich nur auf eine technische Verlängerung des im März 2012 beschlossenen zweiten Finanzhilfeprogramms um bis zu vier Monate und ergänzt damit den Beschluss vom Dezember letzten Jahres, dem ich auch zugestimmt habe. Es handelt sich entgegen anderslautender Berichterstattungen nicht um ein neues Hilfsprogramm. Durch den Beschluss wird kein frisches Geld zur Verfügung gestellt. Und selbst die Auszahlung der im laufenden Programm noch vorgesehenen restlichen Mittel darf nicht ohne weiteres erfolgen. Vielmehr müssen die EU-Kommission, die EZB und der IWF die Voraussetzungen für eine Auszahlung sehr genau prüfen. Daran anschließend wäre ein neuerlicher Beschluss im Bundestag notwendig. Somit ist zunächst festzustellen, dass der Beschluss des Bundestags keine spektakulären neuen Maßnahmen umfasst, sondern le-

diglich eine Verlängerung der Bereitstellungsfrist. Neue Steuermittel aus Deutschland und von anderswo wären für mich zum jetzigen Zeitpunkt nicht akzeptabel gewesen. Die Zustimmung Deutschlands war aus meiner Sicht - das hat auch die Debatte im Bundestag gezeigt - bei den Entwicklungen in Griechenland in den letzten Wochen und nach den Äußerungen der neuen griechischen Regierung keine Selbstverständlichkeit. Die ursprünglich angedachte, einseitige Aufkündigung der Programmvereinbarungen und die Forderung nach neuen bedingungslosen Hilfen, um die eigenen Wahlversprechen zu finanzieren, sind genau wie die Missachtung der mit dem Reformkurs erreichten Fortschritte inakzeptabel.



### Griechenland hat alle Forderungen erfüllt und muss jetzt liefern

Unabhängig von allen taktischen Spitzfindigkeiten im Vorfeld müssen wir auch zur Kenntnis nehmen, dass Tsipras und Varoufakis von allen ihren großspurigen Ankündigungen abgerückt sind. Sie haben sich umgekehrt verpflichtet, das vereinbarte Programm weiter abzuarbeiten und keine Reformen einseitig zurück zu drehen.

Bitte Bilder anzeigen

Jetzt liegt es einzig und allein an Griechenland, ob die vorgelegte Reformagenda das klare Bekenntnis zur Fortsetzung des bisherigen Reformprogramms auch trägt, ob die Versprechungen eingehalten werden und wie sich die weitere Zusammenarbeit darstellt. Aber ehrlich gesagt, überzeugen mich Tsipras und seine Regierung zum jetzigen Zeitpunkt noch lange nicht. Zu vage sind mir noch die Reformankündigungen, wenn ich in den Maßnahmenkatalog sehe. Zu

vage sind die damit verbundenen Zahlen. Sollte also deutlich werden, dass Tsipras und Varoufakis kein ernsthaftes Interesse an der Fortführung des Anpassungsprozesses haben, dann dürfen wir spätestens im Juni keine Scheu haben, einen ernsthaften und konsequenten Schnitt zu machen.

### [Ein Austritt Athens ist verkraftbar](#)

Im Moment haben wir den Griechen nur ein wenig Zeit verschaffen können, doch spätestens in vier Monaten muss eine echte Lösung gefunden werden. Deshalb mahne ich alle Verantwortlichen, ganz genau nach Athen zu schauen und daraus abgeleitet eine dauerhafte Lösung zu erarbeiten. Wenn dann aber deutlich wird, dass alles Mahnen und alle Solidarität nicht zur Vernunft geführt haben, dann muss Schluss sein. Dann darf als Maßstab nur noch das Wohl der EU gelten. Und zum Glück ist der „Grexit“ nicht zuletzt wegen der in den letzten Jahren implementierten Schutzmechanismen kein Schreckensszenario mehr. Auch weil Griechenland in reiner Bevölkerungsarithmetik nur etwa 2 % der EU und bei der Wirtschaftsleistung sogar nur etwa 1,6 % der Gemeinschaft ausmacht, wird es weder den Euro noch die EU zu Fall bringen. Bis dahin müssen wir die Griechen immer wieder mit den Worten von Günther Oettinger in Erinnerung rufen: „Wir sind gutwillig, aber nicht dumm. Wir sind entgegenkommend, aber lassen uns nicht ausnehmen“. Und wir lassen uns nicht erpressen. Bedingungslose Hilfen und eine grenzenlose Solidarität wird es mit uns niemals geben, da sie ein Geschäft zu Lasten Dritter sind; zu Lasten der vielen fleißigen Steuerzahler in Deutschland oder anderswo in der Eurogruppe.

### [Regeln müssen zwingend eingehalten werden](#)

Damit die EU und insbesondere die Eurogruppe auf Dauer eine Gemeinschaft der Stärke sind, müssen alle Mitglieder zuallererst die in den Verträgen verankerten Maastricht-Kriterien einhalten. Das bedeutet insbesondere, dass sich die Mitglieder nicht übermäßig verschulden und sich selbst und alle Partner nicht zum Spielball von Spekulationen machen. Deshalb bin ich

auch höchst unzufrieden, dass die EU-Kommission nach all den Schwierigkeiten mit Griechenland nun im Falle von Frankreich, das unter Führung der Sozialisten noch immer keine Anstalten gemacht hat, um die großen budgetären Probleme in den Griff zu bekommen, wieder einmal die Ausnahme zur Regel macht und die Abweichungen des Landes ohne weitere Konsequenz toleriert. Warum aber sollen die vielen kleinen Mitglieder sich selbst disziplinieren, wenn die großen Schwergewichte sich selbst nicht im Griff haben?

### [Eine Sprache sorgt für mehr Gewicht](#)

Außerdem müssen wir stärker mit einer gemeinsamen Sprache sprechen. Das sehen wir gerade jetzt in der Russland-Ukraine-Krise. Um Gehör und Achtung zu finden, müssen wir in der Lage sein, schnelle Entscheidungen zu treffen und unsere Werte und Interessen auch durchzusetzen. Deshalb wünsche ich mir, dass wir im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik zu mehr Gemeinsamkeit finden und uns nicht nur auf die Fähigkeiten der NATO verlassen. Vielmehr müssen wir eigene Fähigkeiten aufbauen und bereit sein, diese zu nutzen. Lassen sie mich an die oft zitierten EU-Battle Groups erinnern, die seit 2007 in dauerhafter Bereitschaft stehen, aber bisher nie zum Einsatz gekommen sind. Aber auch aus Kostengründen macht es Sinn, dass einzelne Partner gewisse Fähigkeiten einbringen und nicht alle nationalen Streitkräfte die ganze Bandbreite vorhalten. Für mich heißt eine gemeinsame Sprache auch, dass die EU nicht uneingeschränkt wachsen darf. Eine Aufnahme von Ukraine, Moldau und Georgien steht allein aus geostrategischen Überlegungen jenseits meiner Vorstellungen.

### [Vor Ort ist entscheidend, vor Ort muss entschieden werden](#)

Abseits von außenpolitischen Überlegungen müssen wir ganz entscheiden darauf achten, dass wir die Menschen wieder mehr vor Ort entscheiden lassen. Das Stichwort der Subsidiarität haben wir oft im Munde. Und dennoch werden selbst die kleinsten Lebenssachverhalte in Brüs-

sel entschieden und genormt. Die Menschen bekennen sich aber in erster Linie zu ihren Wurzeln, zu ihrem Heimatland. Sie wollen selbst entscheiden, was zu Ihnen passt, was gut für sie ist und welche Lösungen vor Ort passen. Wenn wir es schaffen, den skizzierten Weg einzuschlagen, dann bin ich mir sicher, dass die Europäische Union als größtes Friedens-, Freiheits- und Wohlstandsprojekt der Welt auf Dauer erfolgreich sein wird und trotz der prognostizierten abnehmenden Bedeutung der westlichen Industriestaaten eine bedeutende Rolle in der internationalen Gemeinschaft spielen kann.

Meine Rede im Deutschen Bundestag zur zeitlichen Verlängerung des Griechenland-II-Paketes finden sie [hier](#).



### [Unser Engagement in Mali ist eine Frage unserer Glaubwürdigkeit und unserer Interessen](#)

Im Schatten der Entwicklungen in Griechenland und der Ukraine wurde in jüngster Vergangenheit im Deutschen Bundestag das Einsatzmandat der Bundeswehr für die Beteiligung an der Trainingsmission der EU in Mali debattiert und im Ergebnis verlängert. Auch an dieser Diskussion konnte ich mich mit einem Redebeitrag für die CDU/CSU-Fraktion beteiligen. Zunächst war es mir wichtig, darauf hinzuweisen, dass Mali trotz kleinerer Fortschritte wie die friedlich abgelaufenen Wahlen im Jahr 2013 oder die kürzlich erfolgte Waffenstillstandsvereinbarung zwischen Regierung und Rebellen ein gescheiterter Staat und somit ein Krisenherd bleibt. Dieser Umstand und damit auch die Notwendigkeit eines weiteren Engagements der internationalen Gemeinschaft werden sich meines Erachtens solange

nicht ändern, bis generelle Antworten auf das Problem der Nahrungsmittelknappheit, des notwendigen, aber immer noch ausstehenden Versöhnungsprozesses und der ungeklärten Territorialfragen von den Verantwortlichen in dem westafrikanischen Land gefunden worden sind. Das gleiche gilt natürlich auch für das fortbestehende Problem, dass sich islamistische Terroristen im Norden des Landes ungehindert zurückziehen und bewegen können. Bis dahin ist es aus meiner Sicht ein Gebot der Menschlichkeit, dass wir den Menschen in einem der ärmsten Länder der Welt mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln helfen. Das betrifft nicht nur Gelder für die Entwicklungshilfe, sondern gerade auch personelle Unterstützungen beim Aufbau eines tragfähigen Staatsapparates. Die Bundeswehr leistet mit ihrer Ausbildungsunterstützung einen wichtigen Beitrag für mehr Sicherheit, weshalb ich auch die Vergrößerung unseres Beitrags auf bis zu 350 Soldaten begrüße. Natürlich kostet diese Hilfe etwas. Wir dürfen aber nicht aus den Augen verlieren, dass wir in Mali auch wichtige eigene Interessen vertreten. Zum einen werden durch eine bessere Sicherheitslage mögliche Flüchtlingsströme nach Deutschland eingedämmt, genau wie die Gefahr durch islamistischen Terrorismus bei uns in Europa. Zum anderen verläuft durch Mali die Westafrika-Route des Drogenschmuggels von Südamerika nach Europa, die wir mit unseren Aktivitäten vor Ort zumindest erschweren, besser noch verhindern wollen. Bei allen Eigeninteressen müssen wir uns aber auch im Klaren darüber sein müssen, dass unser Engagement noch eine ganze Weile andauern wird. Echte Erfolge stellen sich nach den Erfahrungen der Vereinten Nationen erst nach vielen Jahren ein.

Meine Rede zur Verlängerung des Mali-Mandates der Bundeswehr finden sie [hier](#).

### [Gespräche in Albanien / Reformen vor Augen](#)

Der Europaausschuss des Deutschen Bundestages hat die Verleihung des Kandidatenstatus an Albanien im vergangenen Jahr und den damit verbundenen weiteren Annäherungsprozess des 2,8 Mio. Einwohner zählenden Westbalkanstaates

tes an die EU als Anlass genommen, um im Februar zu einem offiziellen politischen Dialog nach Tirana zu reisen. Ich vertrat bei diesen Gesprächen die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in meiner Rolle als zuständiger Länderberichterstatter für Albanien. Hervorzuheben ist sicherlich, dass fast das gesamte Kabinett des albanischen Premierministers Edi Rama für den Gedankenaustausch mit mir und meinen Kollegen bereit stand. Neben Premierminister Edi Rama gaben uns der Außenminister, der Wirtschaftsminister, der Innenminister, die EU-Integrationsministerin, die Bildungsministerin und auch der Parlamentspräsident in persönlichen Gesprächen bereitwillig Auskunft über die aktuelle Entwicklung in ihren Ressorts. Neben der von der Regierung vermittelten Sicht der Dinge war mir aber auch der Dialog mit der Opposition, mit der EU-Delegation in Tirana, mit Vertretern der albanischen Zivilgesellschaft sowie mit Vertretern deutscher Institutionen wichtig.



### Aktuelles aus dem Wahlkreis

#### Närrische Tage im Wahlkreis

Die Fasnacht 2015 brachte wieder eine Vielzahl von interessanten Terminen im Wahlkreis. Anlässlich des 125-jährigen Jubiläums der Narrenzunft Eintracht fand das große Narrentreffen der VSAN in Bräunlingen statt. Hier traf ich beim Zunftmeisterempfang und dem nachmittäglichen großen Umzug auf viele bekannte Gesichter aus Nah und Fern. Auch die Finanzsitzung der Narrenzunft Frohsinn 1853 und den Kolpingsball in Hüfingen besuchte ich. Die Programmnummern auf dem Zunftball der Schnuferzunft

Pföhren begeisterten mich ebenso wie die Vielzahl an Zünften, die bei herrlichem Wetter am Fasnet-Umzug in Schwenningen teilnahmen. Den Abschluss bildete das alljährliche Strahlen der Narrenzunft Donaueschingen im Hotel Hirschen. Alles in Allem ein wichtiges Stück Brauchtum unserer Heimat, das ich in seiner Vielfältigkeit, Kreativität und Originalität nicht missen möchte.



#### Politischer Aschermittwoch in Donaueschingen und Spaichingen

Die CDU-Stadtverbände Donaueschingen und Spaichingen luden mich zu ihren politischen Aschermittwochsveranstaltungen ein, um aktuelle Themen und zukünftige Herausforderungen in Bund, Land und vor Ort zu diskutieren. Zunächst ging ich in meinen Ausführungen auf den breiten Krisenbogen im Süden bis zum Osten der EU-Außengrenzen ein. Dabei hob ich hervor, dass man Anfang des vergangenen Jahres nicht absehen konnte, dass 2014 eines der turbulentesten Jahre in den knapp 70 Jahren seit dem Ende des zweiten Weltkrieges werden würde - leider mit einer Fortsetzung bis ins Jahr 2015 hinein. Für mich eine Krisendichte ungeahnten Ausmaßes. Als Beispiele führte ich die hochgradig fragile Situation in der Ukraine sowie in Syrien mit dem sog. Islamistischen Staates, dem Sudan und mit Boko Haram in Nigeria, aber auch den wirtschaftlichen Niedergang Griechenlands an. Ich bin der Meinung, dass Deutschland sich seiner Verantwortung in der Welt künftig stärker stellen muss, denn 25 Jahre nach dem Mauerfall ist der Frieden in Europa noch immer keine Selbstverständlichkeit. Besonders mit Blick auf das Verhalten Russlands im Falle der Ukraine kann ein Verhalten, das auf das Recht des Stärkeren setzt und das Völkerrecht mit Füßen tritt, von

uns nicht toleriert werden. Gleichzeitig machte ich aber deutlich, dass eine militärische Intervention oder Waffenlieferungen, wie die USA sie angedacht haben, geradezu kontraproduktiv wären. Der bisher durch Bundeskanzlerin Merkel bestrittene Weg der Diplomatie wird beiden Seiten über kurz oder lang helfen, das Gesicht zu wahren und zu einer friedlichen Lösung des Konflikts zu kommen. Untrennbar mit den Krisen dieser Welt verbunden sind die Themen Einwanderung und Asylpolitik. Hier war mir wichtig, darauf hinzuweisen, dass Asylrecht, Armutseinwanderung und klassische Einwanderung getrennt voneinander betrachtet und analysiert werden müssen. Wir nehmen aktuell doppelt so viele Flüchtlinge auf als Frankreich und Italien. Im Falle der traumatisierten Asylbewerber aus Ländern mit politischer oder religiöser Verfolgung ist für mich die Aufnahme christliche Pflicht und humanitäre Verantwortung. Auch sind wir jährlich auf eine qualifizierte Zuwanderung von 400.000 Menschen angewiesen, um dem demografischen Wandel und dem zunehmenden Fachkräftemangel frühzeitig entgegen zu treten. Die momentan exorbitanten Zuwanderungszahlen aus dem Kosovo und Albanien sind allerdings rein wirtschaftlicher Natur. Diese Staaten müssen wie Mazedonien, Serbien und Bosnien als sichere Drittstaaten anerkannt werden. Gleichzeitig müssen die zuständigen Behörden festgestellte Abschiebeanordnungen mit Nachdruck vollziehen. Da tat auch die grün-rote Landesregierung in Baden-Württemberg viel zu wenig.



Abschließend skizzierte ich den anwesenden CDU-Mitgliedern anhand eines bunten Sammeluriums grün-roter Entscheidungen die verfehlte und zugleich bevormundende Landespolitik, die mit Kretschmann, Hermann, Schmid & Co. bei uns Einzug gehalten hat. Zu allererst ist die völlig fehlgeleitete Finanzpolitik zu nennen, die Ba-

den-Württemberg vom Spar- zum Schuldenmeister in Deutschland katapultiert hat. Ebenso der „Verkehrsverhinderungsminister“, der Radwege baut, wo niemand Rad fahren will. Nicht zu vergessen sind die Begründungsverordnung für Neubauten oder die falschen Entscheidungen in der Bildungspolitik. Ab der Landtagswahl 2016 wird wieder Politik aus der Mitte der Gesellschaft heraus gemacht. Dann bekommen die Themen Demografischer Wandel, Bildung, Finanzen, Verkehr, Familie und Landwirtschaft unter einem neuen Ministerpräsidenten Guido Wolf endlich wieder die Relevanz im Land, die ihnen zusteht.

### [Jahreshauptversammlung des CDU-Ortsverbands Brigachtal](#)

Auf Einladung des Vorsitzenden Bernd Albert besuchte ich die Jahreshauptversammlungen beim CDU-Ortsverbandes Brigachtal. In einer umfassenden Einführungsrede thematisierte Bernd Albert bereits die tagesaktuellen Themen Ukraine-Krise, Griechenland, Aufnahme und Versorgung von Flüchtlingen, und den IS-Terror. Die sich anschließenden Berichte aus Gemeinderat und Kreistag von Theo Effinger und Bürgermeister Michael Schmitt gaben einen wichtigen Überblick über die Themen der Region. Hier waren die Verbesserung der Betreuungssituation von Kindern und Senioren ebenso wie auch der Ausbau und Erhalt von digitaler Infrastruktur und Straßen zentrale Themen. In meinem Bericht aus Berlin gab ich den Anwesenden CDU-Mitgliedern einen aktuellen Überblick der Ergebnisse der Großen Koalition. Ich machte deutlich, dass ich die Arbeit des vergangenen Jahres durchaus mittragen kann, ich mich aber weiterhin an zwei Punkten, die beschlossen wurden, störe. Zum einen sehe ich den Mindestlohn von 8,50€ als problematisch an. Nicht die private Höhe des Betrages kritisierte ich, sondern die bürokratischen Begleiterscheinungen sowie die Tatsache, dass die Politik überhaupt in die Tarifautonomie eingreift. Der Mindestlohn spielt in unserer Region faktisch keine Rolle. Hierzu gab es in der anschließenden Diskussion ebenfalls deutlich unterschiedliche Sichtweisen, die offen zeigten, dass innerhalb einer Partei sachlich kontrovers diskutiert werden kann.

Zum anderen äußerte ich mich kritisch zur abschlagsfreien Rente ab 63 Jahren. Aus meiner Sicht zeigen die demographischen Daten eine andere Richtung auf. Wir sollten nicht nur über eine Rente ab 67 sondern auch über eine Rente ab 70 sprechen. Der entscheidende Punkt ist aber eine situative, flexible Lösung im Einzelfall. Es kann nicht sein, dass arbeitswillige und gesunde Arbeitnehmer in Rente gehen und ihre Arbeitgeber nicht von ihrer Erfahrung weiter profitieren sollen. Der Kontakt mit den Mitgliedern der CDU Brigachtal machte mir einmal mehr deutlich, wie wichtig es ist, politisch umstrittene Themen auch einmal intensiver diskutieren zu können.



*Für 25 Jahre Mitgliedschaft im CDU-Ortsverband Brigachtal wurden geehrt: (v.l.n.r) Bernd Albert, Theo Effinger, Pia Klatt und Max Hirt (Bild: Klatt).*

### **Angedachte Änderungen bei der Erbschaftssteuer sind eine Gefahr für den Mittelstand**

Die ersten Überlegungen für die Änderung des Erbschaftssteuerrechts beim Unternehmensübergang sind nicht akzeptabel, denn sie stellen einen Angriff auf unsere einzigartige Mittelstandskultur dar und gehen dabei weit über das vom Bundesverfassungsgericht geforderte Maß hinaus. Die schwierige Phase des Übergangs soll nun auch noch durch einen Eingriff in die Substanz erschwert werden – mit der Gefahr, dass Unternehmen abwandern oder Arbeitsplätze verloren gehen. Für unsere mittelstandsgeprägte Wirtschaftsregion Schwarzwald-Baar-Heuberg

wäre diese Steuererhöhung durch die Hintertür fatal. Ich erachte die Grenze von 20 Mio. EUR je Erben als viel zu niedrig, der Vorschlag des Bundesverfassungsgerichts von 100 Mio. EUR erscheint mir sinnvoller. Des Weiteren sollte die angedachte Freigrenze in einen Freibetrag umgewandelt und der angedachte Rückgriff auf das Privatvermögen der Erben neu überdacht werden. Lesen Sie [hier](#) meine Pressemitteilung nach.

### **Wir brauchen keine neuen Zuwanderungsregeln, sondern müssen die bestehenden schneller und effektiver umsetzen**

Ohne Frage haben wir eine große Verantwortung, mehr Flüchtlinge aufzunehmen. Es zeichnet sich aber zusehends ab, dass immer mehr Menschen entgegen der geltenden Rechtslage dauerhaft bei uns bleiben. Die knappen Mittel für die Unterbringung und den Lebensunterhalt sollten denjenigen zu Gute kommen, die unsere Hilfe wirklich nötig haben. Lesen Sie mein vollständiges Pressestatement [hier](#) nach.

### **Nächste Bürgersprechstunde am Donnerstag, 12. März 2015 in Villingen-Schwenningen**

Ich lade sie herzlich zu meiner nächsten Bürgersprechstunde am Donnerstag, 12. März 2015 in der Zeit von 14.00 bis 16.00 Uhr in das Wahlkreisbüro in der Justinus-Kerner-Straße 5 in 78048 Villingen-Schwenningen ein. Ich freue mich auf zahlreiche anregende Gespräche und hoffe, in der einen oder anderen Gelegenheit mit Rat und Tat behilflich sein zu können. Im Falle eines Gesprächstermins wird um vorherige Anmeldung gebeten. Mein Mitarbeiter im Wahlkreisbüro Bernd Böhm steht Ihnen dabei unter der Telefonnummer 07721 / 99 535 44 sehr gerne zur Verfügung.

## **Thorsten Frei MdB**

Abgeordneter des Wahlkreises Schwarzwald-Baar und Oberes Kinzigtal



#### *Bundestagsbüro*

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: (030) 227 73 972  
Fax: (030) 227 76 972

#### *Wahlkreisbüro*

Justinus-Kerner-Str. 5  
78048 Villingen-Schwenningen  
Tel.: (07721) 99 535 44  
Fax: (07721) 99 535 45

E-Mail: [thorsten.frei@bundestag.de](mailto:thorsten.frei@bundestag.de)  
Internet: [www.thorsten-frei.de](http://www.thorsten-frei.de)  
facebook: [www.facebook.de/ThorstenFreiCDU](https://www.facebook.de/ThorstenFreiCDU)